

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl., mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl., vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 Zl., Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Ds. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blatzvorschrift u. schwererem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 263

Bromberg, Sonnabend, den 17. November 1934

58. Jahrg.

England und die Saar.

(Von unserem Korrespondenten.)

G. F. London, 14. November.

Von all den außenpolitischen Problemen steht zur Zeit in England, wenn man von den Flottenverhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Japan absteht, die Saarfrage im Vordergrund der Erörterungen und wird es voraussichtlich bis zum 13. Januar, dem Tage der historischen Abstimmung, bleiben. Anfanglich zeigte England allerdings in dieser Frage eine ziemliche Nervosität. Es war durch allerhand, aus der Saar kommende und von interessierter Seite verbreitete Mährmeldungen stark aufgebracht worden. In den letzten Wochen jedoch hat sich diese Nervosität erfreulicherweise merklich gelegt. Zu dieser Beruhigung der englischen öffentlichen Meinung in bezug auf die Saar hat nicht zuletzt die Deutsche Reichsregierung in weitestem Maße beigetragen. Wie ja das Verhalten Englands zum Saarproblem in gewissem Sinne ein Barometer für das englische Verhalten gegenüber Deutschland überhaupt ist. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Und man kann daher annehmen, daß die zur Zeit wesentlich zum besseren gewandelte Stimmung der Englischen Regierung und Öffentlichkeit Deutschland gegenüber sich auch in günstigem Sinne spürbar machen dürfte, wenn das Saarproblem um die Jahreswende ins entscheidende Endstadium treten wird.

Zur gegenwärtigen wesentlich gebesserten englischen Stimmung Deutschland gegenüber haben eine ganze Reihe von Momenten beigetragen. In erster Linie muß da der Abschluß des Handels- und Schuldenabkommens zwischen England und Deutschland genannt werden, bei dem Dr. Schacht um des lieben Friedens willen den englischen Gläubigern gegenüber weitgehende Zugeständnisse gemacht hat, und durch das eine bisher sehr störende Reibungsfläche im deutsch-englischen Verhältnis endgültig beseitigt worden ist. Eine andere deutsche Entwicklung der letzten Zeit, die — obgleich es sich hier um eine innere Angelegenheit Deutschlands handelt — in England eine günstige Wirkung ausgelöst hat, ist die neue Politik der Reichsregierung in der Kirchenfrage. England, das trotz aller freireligiöser Prinzipien, stets ein tief religiös empfindendes und zum Teil fanatisch protestantisches Land ist, und das, weil es seine eigenen Kirchenkämpfe — einige hundert Jahre bedeuten ja für England keinen allzu großen Zeitbegriff — selbst noch frisch in Erinnerung hat, für ähnliche Vorgänge in anderen Ländern stets ein großes Interesse bezeugt, verfolgte die im Oktober stattgehabten Entwicklungen im deutschen Religionsleben mit allergrößter Aufmerksamkeit und zeigt sich nun von der angebrachten friedlichen Beilegung des Konfliktes außerst befriedigt. Eine nicht minder beruhigende Wirkung auf die englische Öffentlichkeit hat auch die zunehmende Entspannung des deutsch-österreichischen Verhältnisses ausgeübt. Die dem friedlichen Ausgleich dienende Tätigkeit Herrn von Papens in Wien wird in England mit wachsender Befriedigung verfolgt. Und die verschiedentlichen Erklärungen, die Herr von Papen in letzter Zeit abgegeben hat, haben in England die Befürchtungen vor einer neuen Verschärfung des deutsch-österreichischen Verhältnisses bereits stark gemildert. Und als direkt die Saar angehend, hat, obgleich die Gefahr von Unruhen nie bestanden hat, sehr beruhigend die kürzliche Erklärung des deutschen Saarbevollmächtigten, des Gauleiters Bürckel, gewirkt, daß in der Zeit vom 1. Januar bis zum 10. Februar 1935 innerhalb einer Zone von 40 Kilometern längs des Saargebietes das Tragen jeglicher Uniformen und das Abhalten von Versammlungen aller Art verboten seien.

Zu all dem kommt hinzu, daß die englische Öffentlichkeit in den letzten Monaten über die wahre Lage im Saargebiet, über die sie bisher nur recht dürftig Bescheid wußte, nun überaus ausgiebig informiert worden ist. Sämtliche Blätter ohne Ausnahme hatten in letzter Zeit nach der Saar Sonderberichterstatter entsandt und unterhalten in der Mehrzahl auch jetzt noch dort eigene Korrespondenten. Und wenn auch einzelne von ihnen mehr Gewicht als nötig auf den angeblichen „Wahlterror der Deutschen Front“ und auf die vermeintlichen „Bespäkelungen des Völkerbundkommissars Knox“ legen, so sind die meisten doch recht fair und geben die Berichte der englischen Korrespondenten in ihrer Gesamtheit dennoch von der tatsächlichen Lage in der Saar und vor allem von rein deutschen Charakter des Landes und seiner Bevölkerung ein ziemlich wahrheitsgetreues Bild. Für Jeden, der die Saar nur einigermaßen kennt, dürfte es gewiß müßig erscheinen, noch unnütze Worte über den deutschen Charakter der Saar und über das Fehlen einer irgendwelchen französischen Minderheit zu verlieren. Aber zur Informierung der englischen Öffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge in der Saar ist es immerhin wertvoll, wenn in England solche Berichte, wie beispielsweise derjenige des englischen Journalisten F. M. Bothamley, erscheinen, der in einer jenseits veröffentlichten Schrift über das Saargebiet in folgender Weise die „150 000 Franzosen“, von denen Clemenceau einst behauptete, daß sie an der Saar lebten, abtut: „Wo befinden sich diese 150 000 Franzosen zur Zeit?“ fragt Bothamley, „werden sie am 13. Januar wiederkehren, um zu Gunsten Frankreichs zu stimmen? Selbst der verstorbenen Barthou schien dieses nicht anzunehmen; denn in seinem letzten Saar-Memorandum tat er

Freispruch für Fräulein Raschik.

Posen, 16. November.

Vor einiger Zeit war die Leiterin der Johneischen Buchhandlung in Bromberg, Fräulein Raschik, wegen Aufwiegelns zum Hochverrat und Völkerverhetzung polnischer Landesteile zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafaufsicht verurteilt worden. Das Aufwiegeln bestand lediglich im Vertrieb von zwei Büchern, und zwar „Deutscher Jungendienst“ und dem „Riederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“. Die Polizei hatte die Bücher beschlagnahmt.

Am Donnerstag kam es vor dem Posener Oberlandesgericht zur Verhandlung vor der zweiten Instanz. Fräulein Raschik wurde freigesprochen, weil sie die Bücher verkauft hatte, ohne ihren Inhalt zu kennen und das Vergehen somit aus Fahrlässigkeit begangen wurde. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Orzregorjewski.

Der 150 000 französischen Saarländer mit keinem Worte Erwähnung. Während meines letzten Aufenthaltes in Saarbrücken besuchte ich unter anderem, in der Gesellschaft von zwei befreundeten Bergarbeitern, auch den dortigen Friedhof. „Wo sind“, fragte ich, diejenigen von den 150 000 Saarfranzosen bestattet, die während der letzten 15 Jahre gestorben sind?“ Auf diese Frage antwortete der eine meiner Begleiter trocken: „Sie sterben nie“, und der andere fügte erklärend hinzu: „Sie können nicht sterben, weil sie nie gelebt haben“. Von Interesse ist auch die Mitteilung eines anderen englischen Beobachters über das Verhalten der in der Saar verbliebenen Kommunisten und Sozialisten. „Ich bin überzeugt“, meint er, „daß die meisten ehemaligen Sozialisten und selbst viele Kommunisten für eine Rückkehr zu Deutschland stimmen werden. Sie mögen zum gegenwärtigen deutschen Regime auch tausendmal im Gegenzug stehen. Vor die Wahl einer Rückkehr zu Deutschland oder einer Auslieferung an Frankreich gestellt, werden sie ohne Zau-

dem ihre Stimme für Deutschland abgeben. Auch eine Beibehaltung des status quo bedeutet letzten Endes — das wissen sie nur zu gut — eine Fortdauer der Franzosenherrschaft und kommt für sie nicht in Frage...“

Was nun die Haltung der Englischen Regierung anbelangt, so ist sie durch die letzte Erklärung des britischen Außenministers, Sir John Simon, festgelegt worden, die einerseits dahin geht, daß „England unter keinen Umständen auch nur einen Soldaten nach der Saar entsenden würde“, daß aber England andererseits die Verwendung ausländischer und mithin auch französischer Truppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung „im äußersten Falle“ — im Gegensatz zur deutschen Auffassung — als juristisch berechtigt erachtet. Aus der letzteren Erklärung ist von mancher Seite die Schlußfolgerung gezogen worden, daß „die Britische Regierung und ein Teil der englischen öffentlichen Meinung eine im Falle von Unruhen erfolgende bewaffnete Aktion Frankreichs in der Saar moralisch decken würden.“ Es ist gewiß überflüssig, eine Entwicklung voranzuziehen, die in Anbetracht der exemplarischen Disziplin der Saarbevölkerung und der Deutschen Regierung, sicherlich überhaupt nicht eintreten wird. Sollte aber von französischer Seite an der Saar etwas wie eine militärische Aktion unternommen werden, so kann unseres Erachtens nach getrost angenommen werden, daß England eine solche Aktion nicht einmal moralisch decken würde. Die letzten Erklärungen Sir John Simons war ja, trotz ihrer üblichen verklärten Form, viel mehr an die Adresse Frankreichs als an diejenige Deutschlands gerichtet. England wünscht — das ist uns von offizieller britischer Seite wiederholt versichert worden — nichts anderes, als daß die Saarabstimmung „so friedlich und so fair wie nur möglich“ abgehalten werde. Vor allem solle nichts erfolgen, was den Frieden Europas auch nur im geringsten gefährden könnte. Und um dieses zu sichern, wird die Britische Regierung, trotz ihres traditionellen Nichtgeneigtheits, sich im voraus auf eine bestimmte Handlungsweise festzulegen, im Notfall gewiß alle Schritte unternehmen, um jegliche französische Abenteuerluste, sollten sie wider Erwarten aufkommen, von vornherein im Keime zu ersticken.

Laval über die Saarfrage und seine Romreise.

Paris, 16. November. (DNB) Außenminister Laval hat Donnerstag nachmittag vor dem auswärtigen Ausschuss der Kammer ausführlich über Frankreichs Außenpolitik berichtet. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand wiederum die Saarfrage. Nachdem er, wie die amtliche Mitteilung über die Ausschusssitzung besagt, an die Haltung seiner Vorgänger in der Saarfrage erinnert hatte, gab er Aufschlüsse über die Verhandlungen des Dreierausschusses in Rom zur Vorbereitung der Entscheidung, die der Völkerbundrat demnächst zu treffen haben werde.

Er habe gleichzeitig sein Vertrauen in den normalen Ablauf des Verfahrens zum Ausdruck gebracht, was durch den Friedensvertrag und den Völkerbundrat festgesetzt worden sei, und den Willen Frankreichs betont, sich in voller Sachlichkeit an dieses Verfahren zu halten. Nach einer längeren Aussprache legte der Minister dar, daß Frankreich nur ein Ziel habe: Die Sicherung der Abstimmungsfreiheit.

Frankreich sei entschlossen, in friedlichem Geist und ohne Hintergedanken alle aus den geltenden Verträgen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen und die ihm obliegenden Interessen zu schützen.

Zu seiner Romreise sagte Laval, er könne aus Höflichkeit gegenüber Italien den Ausschuss noch nicht über die Absichten der Französischen Regierung unterrichten, so lange nicht die Italienische Regierung durch den französischen Botschafter unterrichtet sei. Jedoch wies er nachdrücklich darauf hin, daß die Bestrebungen Barthous um ein Einvernehmen zwischen beiden Regierungen in Zusammenarbeit mit den übrigen an der Erhaltung des Friedens interessierten Nationen fortgesetzt werden müßten. In Beantwortung verschiedener Fragen machte der Außenminister eine Anspielung auf die

Fortsetzung der Ostpakt-Verhandlungen.

Er betonte, wie wichtig es für Frankreich und den Frieden sei, in der Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung zu beharren. Zusammenfassend erklärte Laval, daß Frankreich seinen Bündnissen und Freundschaften treu bleibe.

Über die amtliche Mitteilung hinausgehend wird erklärt, daß Laval zur Saarfrage betont habe, es sei kein neuer Plan in Aussicht genommen. Er werde vielmehr mit dem ursprünglich von Barthou ausgearbeiteten Plan nach Genf gehen. Der Dreierausschuss müsse entscheiden, ob dieser Plan dem Völkerbundrat vorgelegt werden solle. Auf eine Anfrage, auf welche Abmachungen er sich zur Frage der etwaigen Entsendung französischer Truppen ins Saargebiet berufe, soll Laval erklärt haben:

Auf eine Entscheidung aus dem Jahre 1926.

Jedoch werde Frankreich niemals eigenmächtig, sondern nur auf Verlangen der Regierungskommission, Truppen entsenden, die „neutralen Charakter“ tragen würden.

Pariser Stimmen

zur Saarerklärung Lavals.

Die französischen Saarinteressen sind nicht die Knochen eines Grenadiers wert.

Paris, 16. November. (Eigene Meldung.) Die meisten Berichte der Blätter über die Erklärungen, die Außenminister Laval vor dem Ministerrat und vor dem Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten über die Saarfrage abgegeben hat, halten sich an die ausgegebenen amtlichen Verlautbarungen des Kammerausschusses. Besonders wird hervorgehoben, wie z. B. im „Figaro“, daß Frankreich außerhalb des Völkerbundes keine Initiative im Saargebiet zu ergreifen gedente.

Das „Deuvre“ berichtet, Laval habe sich wie folgt ausgedrückt: Die Haltung Frankreichs werde untadelig sein. Sie werde weder aggressiv noch verleidend gegen irgend jemand sein. Frankreich habe nur einen Wunsch, nämlich im Saargebiet der Abstimmungsfreiheit Achtung zu verschaffen. Das „Deuvre“ will aus der Sitzung des Kammerausschusses noch mitteilen können, daß der Abgeordnete Andraud gesagt habe: Die französischen Interessen im Saargebiet seien vielleicht sehr bedeutend, aber sie seien nicht die Knochen eines Grenadiers aus der Auvergne wert. In einem Artikel des „Deuvre“, der die Überschrift trägt:

„Die Saar ist keine französisch-deutsche Angelegenheit und darf keine werden“

werden Bedenken gegen die Möglichkeit einer Entsendung lediglich französischer Truppen erhoben. Im deutschen Volke würde auf diese Weise — gewollt oder ungewollt — der Eindruck erweckt werden, als ob Frankreich die Ergebnisse der Volksabstimmung verschärfen wolle. Niemand könne die Rückwirkungen eines solchen fatalen Mißverständnisses übersehen. Wenn die Ereignisse daher einen Eingriff der Polizei notwendig machten, wäre ein Eingreifen internationaler Kontingente wünschenswert. Frankreich dürfe nicht den

psychologischen Fehler der Ruhr wiederholen.

Polnische Meldungen

für den Polizeidienst an der Saar.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Saarbrücken meldet seinem Blatt, daß die Regierungskommission des Saargebietes den Plan der Aushebung von 2000 Ausländern als Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Volksabstimmung aufgegeben und sich damit begnügt habe, lediglich 25 neutrale Offiziere für den Polizeidienst zu berufen. Bis jetzt seien sechs Offiziere berufen worden und zwar drei Engländer und drei Norweger. Außerdem prüft die Kommission, wie das Blatt weiter mitteilt, 500 Eingaben aus der ganzen Welt, darunter 200 aus Polen.

Bromberg, Sonnabend, den 17. November 1934.

Bommerellen.

16. November.

Graudenz (Grudziadz)

Ein ungetreuer Gerichtsvollzieher

hatte sich in der Person des Ignaz Zielniowicz hier selbst wegen Unterschlagung vor dem Bezirksgericht zu verantworten...

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis unter Zubilligung einer zweijährigen Bewährungsfrist...

Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 5. bis zum 10. November d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 14 eheliche Geburten...

Städtische Verpachtung. Die Stadtverwaltung schreibt die Dampfbadeanstalt in der Amtsstraße (Budkiewicza) zugleich mit voller Einrichtung zur Verpachtung auf einen Zeitraum von sechs Jahren aus...

Zu einer schlichten, aber eindrucksvollen Gedankfeier hatten sich die Mitglieder des katholischen Gesellenvereins sowie der Jugendgruppen des Verbands deutscher Katholiken mit ihren Angehörigen am Dienstagabend im „Goldenen Löwen“ vereint...

zurückkehrten — fand die Feierlichkeit mit einem stillen Gebet und dem Liede vom guten Kameraden ihren würdigen Abschluß.

Diebstähle gemeldet haben der Polizei Andrzej Sokolowski, Mehdenstraße (Gen. Gallera) Nr. 27 (10 Kilogramm Äpfel), Oberleutnant Jan Larnowski, Culmerstraße (Chelmńska) Nr. 57, dem aus der Wohnung Kleidungsstücke sowie ein Revolver im Gesamtwerte von 400 Zloty entwendet worden sind...

An gefundenen Gegenständen sind in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober d. J. bei der Stadtverwaltung folgende abgeliefert worden: fünf Damenhandtaschen und Portemonnaies mit Geldeinhalt, eine Damen-Armbanduhr, ein Portefeuille, 18 verschiedene Schlüssel, ein Herrenhut, ein Schuh, eine Ledermappe, ein Spazierstock, ein Damenumhang, ein Gürtel zum Mantel, ein Paar wollene Handschuhe und zwei Matrasen.

Thorn (Toruń)

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh unverändert 1,14 Meter über Normal, die Wassertemperatur 5 Grad Celsius. — Schlepper „Wisła“ traf mit zwei Rähnen mit Kartoffeln im Weichselhafen ein.

Die Feuerwehr wurde Mittwochabend gegen 20 Uhr nach dem Hause Ulanenstraße (ul. Reja) 32 gerufen, wo in der Küche des Mieters Alexander Beszkowski ein Brand ausgebrochen war.

Neben fünf kleinen Diebstählen, von denen zwei inzwischen aufgeklärt werden konnten, verzeichnet der Polizeireport vom Mittwoch noch fünf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eine Schlägerei. — Verschlagnahme wurde eine 20-Zloty-Banknote, die gefälscht zu sein scheint. — Der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht übergeben wurde eine Person wegen unrechtmäßigen Tragens hoher militärischer Auszeichnungen.

Gdingen (Gdynia), 15. November. Zwei Gerichtsverhandlungen, die hier außergewöhnliches Interesse erweckten, beschäftigten das Bezirksgericht. Wegen Veruntreuungen im Amt hatte sich der Beamte der hiesigen Hauptpost Ant. Ulewicz zu verantworten.

König (Chojnice), 16. November. Selbstmord durch Erhängen verübt hat eine 50jährige Frau, die Schwiegermutter eines hiesigen Kurzwarenhändlers. Der Grund zu der Tat soll in Geldsorgen zu suchen sein.

SZCZAWNICA JÓZEFINA bei Katarrhen.

über das Thema „Was kann geschehen, damit die Lutherbibel wieder zum Hausbuch der evangelischen Familie werde?“ Es wurde beschlossen, diesen Vortrag drucken zu lassen und ihn so einem größeren Kreise zugänglich zu machen.

h Ebbau (Lubawa), 14. November. Beim Landwirt Martin Pachowski in Tuszewo erschien ein unbekannter Mann und gab an, ein Grundstück kaufen zu wollen.

Der Antrag der kirchlichen Körperschaften von Ramin, gleich hohe Kirchensteuer in allen Kirchen erheben zu lassen, wurde abgelehnt. Zum Schluß gab Pfarrer Niez einen ausführlichen Bericht über die kirchlichen und zivilischen Verhältnisse im Kirchenkreise.

Soldau (Dzialdowo), 15. November. Der letzte Vieh-, Pferde- und Krammarkt war recht lebhaft und gut von Verkäufern und Käufern besucht.

Freie Stadt Danzig.

Einzahlung der Bank-von-Danzig-Noten zu 25 Gulden.

Die Bank von Danzig weist erneut darauf hin, daß der letzte Termin für die Einlösung der aufgerufenen 25-Gulden-Noten der Bank von Danzig, die seit dem 1. Januar 1934 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verloren haben, am 31. Dezember 1934 abläuft.

Zu die Welle des Rohwerkes geraten.

Bei dem Landwirt Paul Schmidt in Heubude (Großes Werder) half die 18jährige Tochter Wanda bei der Ernte, weil der Vater einer Operation wegen ins Krankenhaus mußte.

Graudenz.

Thorn.

Chelmza (Culmsee).

Advertisement for Frieda Zemte, geb. Gerhardt, 75th birthday celebration, including details of the event and location.

Church notices for Graudenz, including dates for Christmas Eve and other religious events.

Advertisement for Bertha Hinz, 29th birthday, in mourning for her family, including details of the funeral.

Advertisement for Gustav Meyer Optical Institute, located at Zaglarska 23, offering eyeglasses and contact lenses.

Advertisement for Wohltätigkeitsfest (Charity Fair) on Sunday, Nov 18, featuring musical performances and various goods for sale.

